

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Jahrszahl des Monats für Deutschland 16 M., im Ausland 20 M. Für Vorkasse werden jährl. Abonnementsbestellungen entgegen genommen. Unter Kreuzband drucken für Deutschland, Österreich, Ungarn, Serbien, Bulgarien u. Rumänien sowie die übrigen deutschen Gebiete Polens u. Kurlands 20 M., für das übrige Ausland 27 M., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 26 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E2, Breite Straße 2-3.

Die abgesetzten Kopierrechte über deren Raum kostet 2.- M. einschließlich Transportgebühren. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Transportgebühren. Pauschal-Kontingenzen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 1,20 M. netto pro Zeile. Geben-Behalte in Wort-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Weder Sieger noch Besiegte

Das alte Wort taucht wieder auf, das während des Weltkrieges geprägt wurde: das entsetzliche Ringen werde zu Ende gehen und weder Sieger noch Besiegte, sondern nur geschlagene Völker hinterlassen. Der italienische Außenminister Bonomi glaubt diesen Satz auch auf die Tagung des Obersten Rates anwenden zu können; er erklärte einem Mitarbeiter des „Petit Parisien“, es wäre ein großer Irrtum, die Verweisung der oberschlesischen Frage an den Völkerbundrat als Niederlage Frankreichs anzusehen, in dieser Frage gäbe es weder Sieger noch Besiegte. Vom Standpunkt der deutschen Außenpolitik aus gesehen kann man dem italienischen Minister zustimmen. Kein Mensch in Deutschland hat ein Interesse daran, daß in Frankreich das Gefühl entsteht, als ob es zugunsten Deutschlands benachteiligt worden sei, als ob sein Vertreter im Obersten Rat eine Niederlage erlitten hätte. Anders aber betrachtet die Arbeiterklasse diese Dinge; sie sieht nur immer wieder aufs neue, daß auf ihrem Rücken die Gegensätze zwischen den imperialistischen Machthabern ausgetragen werden, daß die Massen der werktätigen Bevölkerung es sind, die unausgesehen dafür büßen sollen, daß in dem Verhältnis der kapitalistischen Staaten zueinander nicht Vernunft und guter Wille, sondern Gewalt und Raubbau regieren.

Für die deutsche Politik war das Ergebnis der Pariser Konferenz nicht gerade günstig, aber es war doch günstiger, als man vor dem Zusammentritt des Obersten Rates hatte befürchten müssen. Die oberschlesische Frage ist noch immer nicht geregelt. Jedoch konnte bisher wenigstens verhindert werden, daß die maßlosen Ansprüche der polnischen Nationalisten auf Oberschlesien, die von der französischen Regierung unterstützt wurden, in Erfüllung gingen. Die wirtschaftlichen Sanktionen werden fallen. Wie man bestimmt weiß, ist die deutsche Regierung in der Lage, die am 31. August fällige Goldmilliarde erlegen zu können, so daß damit auch der letzte Vorbehalt der Alliierten beseitigt ist. Es bleiben noch die militärischen Sanktionen; aber die französische Regierung hat erklärt, daß sie die Befreiung aus den Rheinstädten zurückziehen wolle, wenn feinerlei militärische Drohungen aus Deutschland mehr kämen. Diese Drohungen aber sind nicht ernst zu nehmen; denn stärker als das Revanchegeschrei der deutschen Nationalisten ist der französische Militarismus, der jetzt unbestrittene Triumphe feiern darf. Trotzdem steht man gerade hierbei wieder, welchen ungeheuren Schaden die von der deutschen Regierung geduldeten Aufstellungen des Selbstschutzes in Oberschlesien angerichtet hat. Er war weder besagt, noch hat er sich dazu geeignet, die Liquidierung des polnischen Aufstandes vorzunehmen; aber den französischen Säbelrähmlern ist damit ein neuer Vorwand in die Hand gedrückt worden, um die militärischen Sanktionen gegen Deutschland aufrechtzuerhalten. Die deutsche Regierung hat nunmehr die Pflicht, mit den Resten der noch in Schlesien oder sonstwo vorhandenen Banden auszuräumen, wie überhaupt in der Entwaffnung und Auflösung der freiwilligen Formationen ein schnelleres Tempo einzuschlagen.

Während sich also außenpolitisch der deutschen Politik günstigere Aussichten eröffnen, stehen wir im Innern vor dem Beginn schwerer Kämpfe. Es handelt sich um die Frage, auf welche Schultern die Hauptlasten der Wiedergutmachung gelegt werden sollen. Der kapitalistischen Kreise hat sich bereits ein blinder Taumel bemächtigt. Die Steuergesetze der Regierung, die die werktätige Bevölkerung als eine ungeheuerliche Bedrohung empfindet, geben den Kapitalgebern des Kapitals Veranlassung, die wilden Spekulationslängen auszuführen. Die deutsche Valuta hat in den jüngst vergangenen Tagen einen neuen gewaltigen Sturz erlitten. In New York wurde am Sonnabend die Rate nur noch mit 1,16 Cent bewertet. Das bedeutet, daß man jetzt in Berlin den amerikanischen Dollar mit rund 88 Mark bezahlen muß. Im Zusammenhang damit steht das sprunghafte Steigen der Kurse für alle Industriepapiere. Die Banken und die Börsen können den Ansturm der Spekulation nicht mehr bewältigen. Auf dem Aktienmarkt herrscht ein Treiben, als ob die deutsche Wirtschaft eine kaum noch zu überbietende Konjunktur durchmache. Was sind die Ursachen für diese Erscheinungen?

Die Regierung hat mit ihren Steuervorlagen darauf verzichtet, die Besitzer der Sachwerte zu erfassen, sie geht die alten Wege der Steuerpolitik weiter und glaubt, daß sie durch die Anhäufung von Papiergeld die Wiedergutmachung durchführen könne. Sie hat damit aber vorläufig nur die eine Wirkung erzielt, daß die Inflation, die Entwertung des Geldes, in verstärktem Maße zunimmt und eine neue Preisrevolution verursacht. Die Verschlechterung des Marktkurses ist weiter gefördert worden durch den Zwang zur schnellen Zahlung riesiger Beträge an Goldwerten. Die kapitalistischen Kreise Deutschlands, patriotisch, wie sie einmal sind, ziehen nunmehr alle Devisen an sich, zahlen für sie hohe Preise in Papiermark, weil sie glauben, die Regierung werde ihnen schon kommen und noch höhere Preise zahlen müssen, und verschlechtern dadurch ununterbrochen den Kurswert der deutschen Mark. Die Folgen von all dem hat die minder-

#### Proletarische Hilfe für Rußland

##### Die Aktion des Internationalen Gewerkschaftsbundes

Berlin, 15. August.

Die am 13. und 14. August in Berlin versammelte internationale Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat folgende Entschliessung angenommen:

Die Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die sich in Berlin über die Hungersnot in Rußland beraten hat, erklärt ihr tiefstes Mitgefühl mit dem russischen und georgischen Volk, insbesondere mit der notleidenden Arbeiterklasse in beiden Ländern. Die Konferenz nimmt Kenntnis von den spontanen Solidaritätskundgebungen und Aktionen, die die Arbeiterklasse der angeschlossenen Organisationen bereits in die Wege geleitet hat. Sie beschließt, die schon im Gange befindlichen Sammlungen im Interesse ihrer sofortigen und wirksamen Verwendung zusammenzufassen, zu erweitern und zu zentralisieren, und bestimmt zu diesem Zweck das folgende:

1. Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes wird beauftragt, sofort einen Aufruf an das internationale Proletariat zu erlassen.
2. Die gewerkschaftlichen Landeszentralen aller Länder haben die Sammlungserträge der ihnen angeschlossenen Verbände und der sonstigen Organisationen, die sich an dem Hilfswerk beteiligen, zu zentralisieren.
3. Die von den Landeszentralen zentralisierten Beträge werden in Gemäßheit der Anweisungen des Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes dem Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes zur Verfügung gestellt.

demittelte Bevölkerung zu tragen; auf der einen Seite als Produzent, indem der Reallohn immer tiefer sinkt, auf der anderen Seite als Konsument, indem die Preise für alle Lebensmittel und Gebrauchsgüter ununterbrochen in die Höhe gehen.

Die außenpolitischen Auseinandersetzungen sind zu einem gewissen Abschluß gekommen, die innerpolitischen Kämpfe in Deutschland um die Frage der Wiedergutmachung stehen erst an ihrem Anfang. Und hierauf darf der Satz, daß es weder Sieger noch Besiegte gäbe, keine Anwendung finden. Im Gegenteil, die werktätige Bevölkerung hat ihre ganze Kraft und ihre einmütige Entschlossenheit dafür einzusetzen, daß die Kapitalbesitzer in vollem Umfang ihrer Leistungsfähigkeit zu den Lasten herangezogen werden, daß der Selbstschutz der Bourgeoisie eine gründliche und nachhaltige Niederlage bereitet wird.

#### Die Schlusssitzung des Obersten Rates

Paris, 14. August.

Ueber die gestrige Nachmittagsitzung des Obersten Rates verbreitet Havas folgende ausführliche Mitteilung:

Die Sitzung war durch die Besprechung der Befehlsgesetze und der Sanktionen ausgefüllt. Die finanziellen Sachverständigen haben die Befehlsgesetze als zu hoch erachtet. Lord Curzon erklärte, daß dieser Umstand der zu hohen Kopfstärke der Befehlsgesetze zuzuschreiben sei. Der Oberste Rat war jedoch insgesamt der Ansicht, daß es sich nicht um eine Frage der Mannkraftstärke handle, sondern um den hohen Kostenjah für jeden einzelnen Soldaten. Der italienische Finanzminister Soleri wies dann darauf hin, daß die Zivilkommissionen noch sehr kostspielig seien. Briand und Jaipar schlossen sich dieser Kritik an. Der Oberste Rat beschloß darauf, sowohl die Frage der Befehlsgesetze als auch die der Zivilkommissionen durch einen Ausschuss untersuchen zu lassen, der bis zum 1. November bestimmte Vorschläge unterbreiten soll.

##### Die Frage der Sanktionen

Die Besprechungen wandten sich dann den Sanktionen zu. Loucheur gab eine Darstellung der Angelegenheit und erinnerte an die Erklärung vom 9. März d. J., nach der Voraussetzung für die Aufhebung der in Rede stehenden Zwangsmaßnahmen die Ausführung der deutschen Verpflichtungen hinsichtlich der Entwaffnung, der Reparationen und der Beiräumung der Kriegsschuldigkeiten sei. Loucheur wies darauf hin, daß, was die Entwaffnung anlangt, Verstöße vorgekommen seien, darunter namentlich die Restrukturierung in Oberschlesien. Loucheur erinnerte auch an die parteiischen Urteile des Reichsgerichts in Leipzig. In Bezug auf die Reparationen machte er auf gewisse Schwierigkeiten aufmerksam. Die Deutschland bei der vollständigen Ausführung des Friedensvertrages gemacht habe. Indessen erkannte er an, daß ein Anfang der Ausführung gemacht sei und daß die deutsche Regierung den guten Willen zu haben scheine, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Er schlug deshalb die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen vor unter der Bedingung: 1. daß die am 31. August fällige Verzinsung, eine Milliarde Goldmark zu zahlen, ausgeführt wird, 2. daß die deutsche Regierung sich mit den zwischen ihr und der französischen Regierung beschiedenen Maßnahmen einverstanden erklärt, durch die der systematischen Verweigerung der Einfuhrerlaubnis für alle Waren der Alliierten, die nach dem besetzten Gebiet gehen

4. Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund zentralisierten Fonds sollen, soweit möglich, zur sanitären Hilfeleistung und zur Beschaffung von Lebensmitteln verwendet werden.

Eine erste Expedition wird sofort organisiert und unter Kontrolle des Internationalen Gewerkschaftsbundes nach Rußland entsandt. Eine Summe von 1 Million Mark wird sofort aus den Mitteln des Internationalen Gewerkschaftsbundes bereitgestellt. Die Landeszentralen werden ferner ersucht, Vorschläge zu diesem Zweck zu gewähren. Mit dem Roten Kreuz wird unter Wahrung der Unabhängigkeit der gewerkschaftlichen Aktion auf technischem und organisatorischem Gebiet Verbindung hergestellt, um die Transportfrage zu lösen. Die Landeszentralen sind außerdem verpflichtet, auf ihre Regierungen den stärksten Druck auszuüben, um diese zu unverzüglicher Hilfeleistung für das russische Volk zu bewegen.

Zur Befestigung dieser Beschlüsse erklärt die internationale Gewerkschaftskonferenz, daß die unternommene Aktion durch ihre rein menschlichen Ziele und angesichts der weltumfassenden Solidarität über allen politischen Meinungsverschiedenheiten steht. Sie ist ein proletarisches Werk, an dem die Arbeiter jeder Richtung teilnehmen müssen trotz der Schwierigkeiten und der schweren Lasten, welche auf die Arbeiterklasse aller Länder drücken. An der Konferenz nahmen außer dem Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes Vertreter Frankreichs, Belgiens, Hollands, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, der Schweiz, Schwedens, Dänemarks, Portugals, Bulgariens, Rumäniens und Deutschlands teil.

sollen, ein Ende gemacht werden soll. Die militärischen Sanktionen dagegen, schloß Loucheur, müssen aufrecht erhalten werden.

##### Der englische Standpunkt

In seiner Antwort stellte Lord Curzon die Sanktionen von einer anderen Seite dar. Sie mühten nach ihm in vollem Umfang aufgehoben werden, da Deutschland das Ultimatum der Alliierten angenommen hat. Curzon versicherte, daß die Haltung Deutschlands hinsichtlich der Entwaffnung, der Reparationen und, da die Aburteilung tatsächlich stattgefunden hat, auch hinsichtlich der Kriegsschuldigkeiten korrekt gewesen sei. Die Sanktionen, fuhr er fort, seien eine kostspielige Angelegenheit. Sie reizen das deutsche Nationalgefühl. Schließlich müsse das Kabinett Birih, das seinen guten Willen beweise, unterstützt werden. Endlich verlangte Curzon die schrittweise Zurückziehung der militärischen Sanktionen.

##### Eine Rede Briands

Darauf ergriff Briand das Wort. Er setzte auseinander, daß die französische Regierung keineswegs die militärische Befehlgewalt von Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg für unbestimmte Zeit aufrecht zu erhalten wünsche. Es sei im Gegenteil ihr Wunsch, sobald wie möglich die Befehlsgesetze zurückzuziehen. Wenn die Umstände es erlaubt hätten, würde sie schon die Initiative dazu ergriffen haben. Zur Rechtfertigung des augenblicklichen Standpunktes der französischen Regierung erinnerte Briand daran, unter welchen Umständen die Sanktionen beschloßen wurden. Die Alliierten seien sich darüber klar gewesen, daß der Versailler Vertrag niemals durch Deutschland ausgeführt werde, wenn es nicht durch die Sanktionen dazu gezwungen werde. Im Rat, als die Alliierten sich darüber klar geworden seien, daß Deutschland hartnäckig die Zahlung der Reparationen verweigerte, habe Frankreich die Verhängung der Sanktionen durch Befehlsgesetze vorgeschlagen. Es sei kein Zweifel, daß die deutsche öffentliche Meinung im ganzen genommen, damals noch nicht begriffen habe, daß der Krieg von den Alliierten gewonnen sei. Es sei notwendig gewesen, die Stärke zu demonstrieren, um in der Frage der Reparationen die Ausführung der Bedingungen zu erlangen. Die Wirkung der Mobilisierung einer französischen Jahresklasse sei unmittelbar eingetreten. Das Kabinett sei zurückgetreten und durch Dr. Birih ersetzt worden, der sich bemühte, die Verpflichtungen seiner Regierung ehlich zu erfüllen. Die energische Haltung Frankreichs und seiner Verbündeten habe also sofort ein günstiges Ergebnis gehabt. Nach Ansicht der französischen Regierung stellten die Sanktionen keinen Selbstzweck dar, und wenn die Ergebnisse für die sie im März eingerichtet worden seien, erreicht wären, würde Frankreich selber die Aufhebung der militärischen sowie der wirtschaftlichen Sanktionen vorschlagen. Wenn in den letzten Tagen die Politik der deutschen Regierung sich geändert zu haben scheint, so sei das vielleicht geahnt, weil die Deutschen geglaubt hätten, daß zwischen den Alliierten nicht mehr derselbe Zusammenhang wie im März bestehe, als die Sanktionen durchgeführt wurden, oder wie im Mai, wo die Befehlgesetze des Ruhrgebietes einmütig ins Auge gefaßt wurde. Jedenfalls könnten die alliierten Regierungen nicht vergessen, daß es

##### in Deutschland Umsturz-Elemente

gäbe. Innerhalb 14 Tagen hätten die Deutschen eine Armee von 40 000 Mann, im Ueberfluß mit Kriegsmaterial ausgestattet, auf die Beine gebracht. Es bleibe also eine große Gefahr weiter bestehen; das Kabinett Birih könne zugunsten eines reaktionären Kabinetts gestürzt werden. Dann würde die verfrühte Aufhebung der Sanktionen, weit entfernt davon, eine Entspannung herbeizuführen, zu einer Spannung in den Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland führen. Frankreich habe keine geheimnisvollen Hintergedanken. Aber das französische Volk, so ruhig und edelmütig es sei, würde es nicht verstehen, daß die deutsche Regierung einen Tag, nachdem die französischen Beamten in Leipzig



beleidigt worden sein, die Aufhebung aller Sanktionen erreicht. Die französische Regierung schlage indessen angesichts der Tatsache, daß die deutsche Regierung sich in gewissem Maße bemüht habe, ihre Verpflichtungen zu halten, selbst die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen unter den von Louchere angeführten Bedingungen vor. Was die militärischen Sanktionen anbetreffe, so sei die Stunde für ihre Aufhebung noch nicht gekommen. Sie werde demnächst kommen, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen in der Reparationsfrage nachkomme, und wenn es die Arbeit der Kommission, die mit der Überwachung seiner Entwaffnung beauftragt sei, erleichtere. Die Frage der Aufhebung der militärischen Sanktionen würde bei der nächsten Zusammenkunft des Obersten Rates wieder aufgenommen werden können.

#### Die Beschlüsse des Obersten Rates.

Nach dieser Rede Briands beschloß der Oberste Rat, indem er sich Briands Ansicht angeschlossen, folgendes:

1. Die militärischen Sanktionen werden ausreicht erhalten. 2. Die wirtschaftlichen Sanktionen werden aufgehoben. Ihre Aufhebung wird am 15. September in Kraft treten unter folgenden Bedingungen: a) die fällige Zahlung vom 31. August (eine Milliarde Goldmark) wird von Deutschland völlig beglichen, b) es wird eine alliierte Einrichtung ins Leben gerufen, um die Einfuhrbewilligungen für Erzeugnisse der alliierten Länder in dem besetzten Gebiete zu überwachen. Die Kommission in Koblenz wird ein Übergangsregime einrichten, um die Inzustrafung der genannten Maßnahmen vorzubereiten. Bezüglich der in Deutschland arbeitenden Kontrollkommissionen kam der Oberste Rat dahin überein, daß diese Kommissionen aufrechterhalten bleiben. In Übereinstimmung mit dem Vorschlag des Marschalls Foch ist indessen ihr schrittweiser Abbau ins Auge gefaßt. Der Sitz der Kontrollkommission wird durch das alliierte Militärkomitee in Versailles festgesetzt werden.

Der Oberste Rat hat dann, bevor er sich trennte, auf den Vorschlag von Briand und mit warmer Billigung aller anderen Mitglieder des Rates folgende Tagesordnung angenommen:

Bei Beendigung seiner Arbeiten legt der Oberste Rat Wert darauf, wiederum seinen Willen zu betonen, den engen Zusammenhang zwischen den Alliierten aufrechtzuerhalten, der, wie er glaubt, mehr denn je für den Frieden der Welt unerlässlich ist. Zu Beginn der Sitzung hatte Louchere dem Obersten Rat über die Arbeiten der interalliierten Finanzkommission Bericht erstattet. Bei dieser Gelegenheit entspann sich eine Erörterung über die Frage der Kosten der Besatzungsarmee. Der Oberste Rat nahm eine Resolution an, nach der die Reparationskommission die Vollmacht erhält, wenn ihre Mitglieder sich nicht einig werden, zu einem Schiedspruch zu greifen, wenn darüber und über die Wahl des Schiedsrichters Einstimmigkeit erzielt wird.

### Das Schreiben des Obersten Rates

Berlin, 14. August.

Der Oberste Rat hat gestern Abend dem deutschen Geschäftsträger in Paris nachstehendes von Briand gezeichnetes Schreiben mit gefälligem Datum überreicht:

Sehr Geschäftsträger!

In Anbetracht der Schwierigkeit, welche die Festlegung einer Grenze zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien bietet, hat der Oberste Rat die Entscheidung, welche ihm in dieser Hinsicht gemäß Art. 88 des Vertrages von Versailles obliegt, verzagt.

Der Oberste Rat ist sicher, daß die Bevölkerung Oberschlesiens die Festsetzung zu würdigen wissen wird, die ihn dazu geführt hat, eine überkürzte Lösung abzulehnen. Im Übrigen wird nichts unterlassen werden, damit dieser Ausschub so kurz wie möglich ist. Der Oberste Rat rechnet fest darauf, daß die deutsche Regierung ihrerseits das deutsche Volk auffordern wird, bis zur endgültigen Entscheidung die größte Ruhe zu bewahren, und daß sie gleichzeitig ihren ganzen unmittelbaren Einfluß auf die Bevölkerung Oberschlesiens ausüben wird, damit diese die Autorität der interalliierten Kommission achtet. Der Oberste Rat lenkt insbesondere die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die schwere Verantwortung, die sie auf sich laden würde, wenn sie es unterlassen sollte, auf ihrem Gebiete, insbesondere an den Grenzen Oberschlesiens, die geeigneten Maßnahmen zu treffen, um jeden Versuch zu verhindern, der darauf abzielt, Unruhen in dem Abzweigungsgebiet zu säen, oder wenn sie nicht jede Zufuhr von Waffen und Munition und jeden Uebertritt von Banden oder Bewaffneten streng unterbindet.

### Die hundert Augenblicke

Von Josef Eitpold, Wien

#### Die Stadt ohne Licht

Im Elektrowerk. Die Dynamos singen, die Ventilatoren jurren. Und wenn eben in dieser Abendstunde zehntausend Glühbirnen hell werden, in Fabriksälen, in Spitätern, in Redaktionen, in Geschäftsäulen — von diesem einen Raum nimmt der Lichtstrom keinen Weg in die große Stadt.

Blötzlich springt ein Funke auf. „Feuer!“ ruft ein Arbeiter am Schaltbrett. Aber schon schlägt schwerer Qualm durch. Die Leitungen verbrennen — und sählings wird es finstern in den Fabriksälen, in den Spitätern, in den Hausfluren und Zimmern der Stadt.

Ruhig und mit dem Gleichmut der Selbstverständlichkeit drehen sonst alle um diese Abendstunde die Schaltknöpfe der elektrischen Lampen um. Jetzt auf einmal kommt Befinnen in die Gehirne. Nur ein Raum brennt in der Stadt, aber das Antlitz der ganzen Stadt hat sich verändert. Ein paar Leitungsdrähte sind gerstört, aber das Leben des Alltags wird um zwei Jahrhunderte zurückgeworfen. Man holt Kerzen hervor, zündet sie an, und merkt jetzt erst, was das bedeutet: eine Stadt ohne Licht.

Und am nächsten Morgen liest man die Brandberichte, liest von den Einrichtungen eines Elektrowerkes, hört vielleicht zum erstenmal vom Leben der Arbeiter, die zehn Meter unter der Gassenhöhe ihre Arbeit verrichten. Wer dachte daran, wenn er sonst das elektrische Licht ausblizen ließ? Wer sah in die Lichtspiralen und erinnerte sich auch nur flüchtig, daß es Schaltbrettverschieber und Dynamowärter gibt?

Wer im Dämmerlicht, denkt kaum an die Quelle des Lichtes. Blötzlich wird es aber dunkel in der Stadt. Und zehntausend Menschen geht gerade in diesen Stunden ein Licht auf: die Abnung von der Zusammengehörigkeit aller menschlichen Arbeit.

#### Ein Bild

Ehe ich ins Haus trete und zu Bett geh', noch einen Blick ins Leben: Das Pflaster glänzt in der Regennässe, die Laternen flackern im Sturm, stellen eilt einer verumt und verdrossen vorüber. Eine Elektrische rollt heran. Born der Motorführer streng und weiterhart, er denkt nicht an Weib, nicht an Kind, er ist ganz Kurzel und Pflicht. Neben ihm steht ein Schuttmann, fest darauf, dem Wind standzuhalten.

Drinnen im schimmernden Wagen sitzen vier Menschen. Ein Jüngling, den Rücken gekrümmt, hält ein Buch in der Hand. Er weiß nichts von Regen und Wind, das Buch ist seine Welt. Ihm gegenüber sitzt ein altes Mütterchen in arger Sorge, eine

### Die Beschlüsse der Finanzkonferenz

Paris, 14. August.

Die Interalliierte Finanzkommission hat in der letzten Nacht ihre Arbeiten beendet. Es wurde ein Dokument unterzeichnet, dem die Vertreter Frankreichs und Japans unter dem Vorbehalt der Zustimmung ihrer Regierungen zugestimmt haben. Dieses Abkommen regelt zunächst die Verteilung der ersten von Deutschland gezahlten Milliarde, die zum Teil zur Begleichung der englischen Besatzungskosten, zum Teil zur Bezahlung der belgischen Priorität bis zu der erforderlichen Höhe dienen soll. Belgien wird die Begleichung seiner Priorität auf die bis zum 31. August 1922 fälligen deutschen Zahlungen verteilen und verpflichtet sich, den Gegenwert der Sachleistungen an die anderen Mächte vom 1. Mai 1921 ab im Prinzip nicht zu verlangen. Dadurch werden diejenigen Mächte, die von Deutschland Sachleistungen erhalten, der Notwendigkeit überhoben, Rückzahlungen an die Kasse der Reparationskommission zu machen. Außerdem ist es möglich, von den deutschen Barzahlungen bis zum August 1922 Verteilungen an die an den Reparationen interessierten verschiedenen Mächte vorzunehmen.

Die von Deutschland bis zum 31. August 1922 über Rotterdam und Antwerpen gelieferte Kohle, die bisher zum englischen Exportpreis taxiert wurde, soll zum deutschen Inlandspreis berechnet werden. Frankreich erzielt dadurch im Augenblick einen Vorteil von 140 Millionen Goldmark durch das Abkommen.

Havas teilt noch folgendes mit: Die Modalität der Rückzahlung der Kriegsschuld Belgiens, das heißt der Vorläufe, die diesem Land von Frankreich, England und Amerika während des Krieges bewilligt worden sind, ist gleichfalls geregelt worden und zwar so, daß der Anteil Frankreichs an den Zahlungen, die Deutschland im Laufe der ersten Jahre leistet, nicht wesentlich beschnitten wird. Das Übereinkommen setzt weiter fest, daß der Wert der Saatsgruben, der feststehenden bleibt, Frankreich zur Last gelassen wird und zwar auf die Rechnung der vor dem 1. Mai geleisteten Zahlungen. Die Summe des Wertes dieser Gruben, wozu noch die von Deutschland bereits in Natura geleisteten Lieferungen kommen, wird, soweit er den Gesamtbetrag der von Frankreich zur Unterhaltung seiner Besatzungsarmee aufzubringen Kosten übersteigt, Frankreich durch die Reparationskommission angerechnet werden und zwar innerhalb der am 1. Dezember 1922 beginnenden nächsten fünf Jahre, d. h. von dem Augenblick an, wo wahrscheinlich die belgische Priorität abgezahlt ist und infolgedessen die Abrechnung des zu erwartenden Ueberflusses bei den jährlich von Deutschland zu leistenden Zahlungen ohne Schwierigkeiten erfolgen kann.

Schließlich haben die Mitglieder der Finanzkonferenz beschlossen, alle Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, um in dem Wechsels der bedeutenden Schwankungen zu vermeiden, die dadurch hervorgerufen werden können, daß Deutschland Operationen vornehmen muß, um sich die fremden Dröhlen zu beschaffen, die es an die alliierten Mächte bezahlen muß.

#### Die Kosten der Besatzungsarmee

Paris, 14. August.

Nach dem „Temps“ soll die von der interalliierten Finanzkonferenz angenommene Grundziffer der täglichen Kosten für einen Soldaten der Besatzungsarmee der bisherigen Satz für einen französischen Soldaten — ungefähr 16 Franco täglich — sein. Zu dieser Grundziffer kommt ein Zuschlag von zwei Goldmark für einen englischen Soldaten und von 3 Goldmark für einen amerikanischen, wegen der Entfernung dieser beiden letzten Armeen von ihren Heimatländern.

### Eisenbahnerstreik in Kassel

Bei einigen Dienststellen des Bahnhofes Kassel-Oberstadt ist ein Streik ausgebrochen. Die Arbeiter des Bahnbetriebswerkes waren an die Eisenbahndirektion Kassel mit der Forderung herantreten, den Tageslohn der Arbeiter des Bahnbetriebswerkes dem höheren Gesamteinkommen der im Gebirge arbeitenden Hauptwerkstättenarbeiter mit rückwirkender Kraft gleichzustellen und auf die hiernach zu erwartende Nachzahlung sofort einen größeren Vorschub auszusahlen.

Wie hierzu amtlich mitgeteilt wird, ist die Eisenbahndirektion gar nicht in der Lage, über die gestellten Forderungen zu entscheiden, da die Lohnverhältnisse in dem Reichslohntarifvertrag geregelt sind, dieser zwischen Reichsverkehrsministerium und den Spitzenorganisationen der Arbeiterschaft abgeschlossen worden ist, und auch nur von diesen Vertragspartnern geändert werden kann. Weiter heißt es in der amtlichen Meldung, daß der Streik begonnen worden sei, trotzdem die Arbeiter wußten, daß die Eisen-

bedienerten, sie hat keine Kraft mehr, hört schlecht, man wird sie nicht lange mehr beschäftigen wollen. Was dann?

In einer Ede, Hand in Hand, ein junges Paar, eine schlante Verkäuferin und ein unbekannter Dichter. Sie fahren in sein Zimmer. Er schildert flüsternd die Anordnung seiner Stube und überreicht. Sie muß über ihn lachen. Wenn sie lacht, schimmern ihre Zähne. Sonst ist niemand im Wagen.

Rückwärts auf der Plattform steht der Schaffner. Er rechnet. Ein Goldstück fehlt ihm. Er muß sich geirrt haben.

Langsam steigt ich die Stufen an, greife den Schlüssel, öffne die Türe, immer noch erfüllt von dem einen Bild.

„Die Volksbühne“ am Bülowplatz, die sich für die Sommermonate in eine Oper verwandelt hat, hat eine der guten, alten Operetten herangezogen, in denen noch sicherlich gelungen wird und nicht bloß mit den Beinen getollt und mit den Beinen gemauert, wie in den modernen logenanneten Operetten. Der „Operaball“ von Richard Heuberger stammt noch aus dem vorigen Jahrhundert und ist ein melodisches, liebenswürdiges Werkchen in der Art der „Fledermaus“. Die Aufführung der „Volksbühne“ leistete mit geringem Aufwand ganz Vorzügliches. Das Bühnen-Dachwerk unter Kapellmeister Gottlieb war zurückhaltend, aber doch temperamentvoll. Friedel Schwarz, Margarete Schlemmüller, India Gruber und Ida Holmes waren vorzügliche Darstellerinnen der Damenrollen. Hans Heinz Bellmann ein lustiger Liebhaber, Deller Jador und Julius Sachs zwei wirklich humorvolle Humoristen. Gelungen wurde viel, viel besser als auf allen Berliner Operettenbühnen dieses Sommers.

Das Wörterbuch-Glend. Die Desorganisation, die das Kennzeichen des kapitalistischen Systems im Bezirk der Wirtschaft ist, äußert sich nicht minder stark in den verschiedenen Provinzen der Kultur. Abgelesen von einzelnen Gebieten, auf denen mehr oder weniger umfassende Vereinheitlichungen der Normen und Methoden trotz aller Widersprüche immerhin schon jetzt durchgeführt werden konnten, herrscht hier ein wüdes Durcheinander, das jeder Beschreibung spottet. Selbst der geschulte Fachmann gerät in gelinde Verwirrung, wenn er etwa als Nationalökonom, vor der Notwendigkeit steht, sich über ein bestimmtes Problem zu informieren. In überreicher Fülle sprudeln zwar die Quellen, aber fast alle sind vergriffen, und die zwei, drei reinen so versteht in grauen Geröll des Spezialintums, daß es einer Zauberrute bedarf, um sie auszuspielen. Der nach Belchung und Erkenntnis strebende Laie ist vollends verloren, und keineswegs nur, wenn es sich um Rechnungen handelt. Gewiß, die Nationalökonomie gehört zu den Wissenschaften, die am meisten von der Parteien Günst und Haf enstehen sind. Aber etwa die Sprachwissenschaft ist doch wohl nicht hierher zu rechnen, sollte man meinen. Doch man mache nur den Versuch, tiefer in irgendeine ihrer Fragen einzudringen, und man wird die verblüffendsten Dinge erleben. Das allerberühmteste: es gibt kein einziges deutsches Wörterbuch großen Stils! Das Grimmsche ist noch lange nicht fertig, wird es frühestens in zehn

Jahren sein, und der große Abstand zwischen Anfang und Ende und die damit notwendig verbundene Ungleichartigkeit der einzelnen Teile stellen von vornherein seine wissenschaftliche Brauchbarkeit in Frage. Es liegt im Wesen der Sache, daß Sach und Dred eines nicht nur für künftige Historiker, sondern vor allem für die Zeitgenossen verwertbaren Wörterbuches längstens im Zeitraum von fünf Jahren bewältigt werden müssen. (Das prächtigste englische „Century Dictionary“, eine bis jetzt unübertroffene, schlechthin vorbildliche Leistung, ist in den Jahren 1859 bis 1891 fertiggestellt worden.)

### Zum Kapitel „Deutsche Diplomatie“

Russischerfiel-Methoden

Bei den letzten Vorfällen in Kussig, über die wir seinerzeit ausführlich berichteten, ist auch ein Reichsdeutscher, der Direktor der Austria-Röhrenwerke, Heinrich Hoff, seinen bei der wilden Schierehri erlittenen Verletzungen erlegen. Bei der Beerdigung hielt in Vertretung der deutschen Gesandtschaft in Prag Leg.-Rat Dr. Zimmer eine Grabrede, die das denkbar ungeschickteste darsstellte, was man sowohl hinsichtlich des Ortes, als auch der Stellung des Sprechers erwarten kann. Der Herr Legationsrat sagte nach der Meldung des Wolff-Bureaus:

„Ich kann nicht umhin, der Empörung Ausdruck zu geben, daß ein Reichsangehöriger in einem Lande, mit dem wir in Frieden und guten Beziehungen leben, so einem Schicksal ausgehrt wurde. Ich hege die bestimmte Erwartung, daß das Opfer dieser Toten nicht umsonst gebracht werden wird, und daß nunmehr die Regierung dieses Landes alle erdenklichen Maßnahmen ergreifen wird, um die Wiederholung eines solchen Vorfalles zu verhindern. Ein Zustand bei dem deutsche Reichsangehörige, die hier ihrem friedlichen Gewerbe nachgehen, der Gefahr ausgehrt sind, getötet oder zumindest verkrüppelt zu werden, müßte auf die Dauer die guten Beziehungen auch zwischen den beiden Staaten unmöglich machen. Den Angehörigen des Deutschen Reiches sage ich, daß die deutsche Gesandtschaft in Prag alles tun wird, was sie kann, um sie zu schützen, und um sie vor der Wiederholung solcher Ereignisse zu bewahren.“

Nach dem im diplomatischen Stil angelegten Vesper muß die aggressive Art und der provozierende Ton dieser Äußerungen auffallen. Es ist unheimlich, die Regierung eines Landes für den Tod eines Ausländers verantwortlich zu machen, der infolge von örtlichen Umständen eintrat, die abzuwenden keine Regierung die Macht hat. Der nationale Streit in der tschechoslowakischen Republik ist eine innere Angelegenheit dieses Staates. Sie kann von der Presse und in der politischen Diskussion zum Gegenstand der Kritik gemacht werden, niemals aber darf sich ein beglaubigter Vertreter einer ausländischen Macht dazu hinreißen lassen, in solcher Weise in die innere Politik eines Landes einzugreifen. Was würde man wohl in Deutschland sagen, wenn infolge eines Eisenbahnunglückes oder eines Hauseinfalles oder auch innerer Unruhen ein Ausländer zu Schaden käme und die Regierung dieses Landes würde derart Einspruch erheben?

Die Rede hat dann auch die ganz selbstverständliche Folge zeitigt, daß nach einer Meldung des Organs des tschechischen Ministeriums des Inneren, die tschechoslowakische Regierung wegen dieser Rede in Berlin Vorstellungen erheben wird.

Das ganze ist ein Beitrag zum Kapitel „Deutsche Diplomatie“, das auch in der Republik seinen eigenartigen Reiz noch nicht verloren hat.

Vereinbarung im mittelhessischen Buchdruckerstreik. Zum Buchdruckerstreik in Mainz, Wiesbaden, Worms usw. ist vor dem Buchverlegeramt in Berlin zwischen Prinzipalen und Gehilfen eine Vereinbarung getroffen worden, auf Grund deren die Arbeit sofort wieder aufgenommen werden soll.

Das neue spanische Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitz: Maura. Auswärtiges: Sanjona. Finanzen: Camba. Marine: Decarigna. Krieg: La Cierva. Öffentliche Arbeiten: Mactri. Unterricht: Solis. Inneres: Docelle de Portugal. Arbeit: Raib. Justiz: Radriguez.

Annahme des englischen Antidumpinggesetzes. Im Unterhause wurde das Gesetz zum Schutze der Schlässelindustrie mit 176 gegen 54 Stimmen angenommen. Der Sprecher entschied, daß das Gesetz im wesentlichen ein Finanzgesetz sei, welches umzuändern das Oberhaus nicht befugt sei. Das Gesetz erlange daher Gesetzeskraft, sobald der König seine Zustimmung erteilt habe.

Tätlicher Abflug aus dem Flugzeug. Durch den schweren Gewittersturm am Freitag wurde das Postflugzeug der Kampferwerke in Augsburg, das von Leipzig über München nach Augsburg fliegen wollte, um 4 Uhr nachm. in der Nähe von Freiling zum Abbruch gebracht. Das Flugzeug wurde zertrümmert. Der Pilot Emmerich Saarbrücken und die Passagiere, ein Ehepaar Koch-Lepzig, sind tot.

Ein sehr läßlicher Mangel, der sich namentlich in unseren Fremdwörterbüchern unangenehm geltend macht, ist ihre geringe Anschaulichkeit. Während das „Century Dictionary“ und sein französischer Bruder, der achtbändige „Larousse“, eine Fülle von Illustrationen enthält, die zur Klärung des sachlichen Inhalts unerschöpfliche Dienste leisten, enthalten die deutschen Wörterbücher wenn überhaupt, so nur ausnahmsweise und in sehr beschränktem Ausmaße Bild- und Kartenbeilagen. Von einem guten Wörterbuch muß man aber verlangen, daß es, wie Erich Bagel im Korrespondenzblatt der deutschen Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Kulturgeschichte schreibt, bei jedem Wort, das einen sichtbaren Gegenstand bezeichnet, eine deutliche, das Wesen des betreffenden Gegenstandes gut zum Ausdruck bringende Abbildung gibt. Schon unsere technischen Wörterbücher, und selbst die besten ihrer Art, verlagern vielfach bei ganz einfachen Dingen des täglichen Lebens und lassen oft nicht nur die erforderliche Präzision, sondern selbst die beiläufigste Richtigkeit vermissen. Wenn schon unabdingbar von sichtbaren Dingen große Schätzer jahrelang, jahreuntenlang weitergeschleppt werden, meint Bagel zurecht, „wie mag es erst mit den geistigen Dingen sein, deren Berufung Vermittler ja die Zeitungen sein sollen? Wohl einem nicht der Gedanke kommen, daß diese Gesinnungsgeschäfte, abgesehen von wenigen Ausnahmen, absichtlich gedreht und Entstellungen sowohl über die eigenen, wie auch über die ausländischen geistigen Ansichten und Begriffe sich anschuldern kommen lassen? Ich glaube, der Weltkrieg ist ein sehr schmerzhaftes Antwort darauf, wie ganze Völker in einen Strudel der Verblendung und des gegenseitigen Hasses gestürzt werden, indem man sie über sich und andere Völker im Unklaren erhält.“ Im übrigen fordert Bagel die „Vergesellschaftung der Wörterbuchfabriken“ als ein einziges Mittel zur Verbesserung des herrschenden Wörterbuch-Glends. Es wird freilich notwendig sein, den geistigen Wissenschaftsbetrieb zu vergesellschaften, um zu gesunden Verhältnissen zu gelangen.

#### Tages-Notizen

Wiederer Klaf, einer der besten Dichter Kublands, ist nach langer Krankheit in Petersburg gestorben, wie es schied infolge von Unterleibsbeschwerden vor allem durch seine Nervenleiden. Die 3. und 4. aus in Deutschland bekannt geworden.

Die Welter. Hauptmanns Kommissar, wird am Donnerstag 14. ein Bild in den belgischen Sommermonaten häufig mit ein gutes Zeichen. Das ist ein gutes Zeichen.

Geschäftsbüro. 18. Schloßplatz-Theater, Singli: Die Gasse des Verfalls. Die Musikanten. — 18. Theater in der Adolfsgrüner Straße: Kater.



# Königsparade in München

## Die bayerischen Königsmacher an der Arbeit

Drahtmeldung unseres Korrespondenten  
München, 14. August 1921.

Heute fand in München der sogenannte Regimentstag des ehemaligen bayerischen Leibregiments statt. Aus ganz Bayern waren Vertreter der Leibregimentsvereinigungen nach München gekommen und eine geschickte Regie verstand es, den Regimentstag zu einer monarchistischen Kundgebung zu gestalten. Am Vormittag fand in der ehemaligen Michaels-Hofkirche ein feierliches Hochamt statt, zu dem Erzherzog Ludwig, Erzherzogin Kupprecht und Prinz Leopold in Generalsuniform erschienen waren. Nach Schluß des Hochamts brachte ein Teil der vor der Kirche sich stauenden Menge den Mitgliedern der ehemaligen Königsfamilie Ovationen dar. Es wurden Rufe ausgebracht: „Es lebe der König!“ Offenbar wurde die Gelegenheit des Regimentstages dazu benutzt, dem früheren König zu beweisen, daß er in München Sympathien habe. Einweilen scheint den bayerischen Königsmachern aber die Zeit für eine Königsproklamation noch nicht reif, doch ist der Besuch der Wittelsbacher in München ein Zeichen dafür, wie weit die Dinge in Bayern schon gediehen sind. Die Wittelsbacher fuhrten nach dem Hochamt per Auto wieder nach Schloß Wiltenwart im Chiemgau.

## Der Getreidewucher in Bayern

Die Beseitigung der Zwangswirtschaft hat die ungeheure Steigerung der Getreidepreise bis über die Weltmarktpreise hinaus zur Folge gehabt. Die erste Wirkung dieser Maßnahme war die ge-

steigerte Abneigung der Landwirtschaft, zu den nur 1/4 bis 1/2 niedrigen Umlagepreisen abzuliefern. In Bayern hat das zuerst zu einer ungeheuren Erregung der Bevölkerung und zu Unruhen geführt. Das ist verständlich. Bayern ist agrarischer Uebersehungsbezirk, hat sich immer von dem übrigen Deutschland abgeschlossen und konnte deshalb die Lebensmittelpreise während des Krieges und nach dem Kriege niedriger halten als in den übrigen Gegenden. Das ist stets von der reaktionären bayerischen Regierung als ein Mittel benutzt worden, Teile der proletarischen Wähler ihrer reaktionären Politik dienstbar zu machen.

Durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft und ihre preissteigernden Folgen steht das nun in Gefahr. Obwohl die bayerische Regierung mit zu den schärfsten Käufern für die freie Wirtschaft gehört hat, sucht sie nun die Folgen und die Verantwortung dafür von ihrem eigenen Haupt abzuwälzen und in Verbindung mit dem wandlungsfähigen Bauernführer Dr. Heim eine neue partikularistische Hege gegen das Reich zu entfachen. Denn nichts anderes sind die verschiedenen Protestaktionen der bayerischen Regierung gegen die Ernährungswirtschaft des Reiches. Das bayerische Wirtschaftsgebiet soll wiederum vom Reich getrennt werden, um auf diese Weise den Wirkungen zu entgehen, die die von den bayerischen Vertretern mit herbeigeführte Regelsorglosigkeit im Ernährungsweisen nach sich gezogen hat.

So wenig wir geneigt sind, die Verantwortung der Reichsregierung für die katastrophalen Zustände im Ernährungsweisen zu mildern, an deren Anfang wir jetzt erst stehen, so wird sich doch weder die Arbeiterschaft im Reich noch die in Bayern darüber täuschen lassen, daß die Oppositionsgebärden der Reichsregierung nur der Versuch sind, die Massen weiterhin vor den Wagen ihrer reaktionären Politik zu spannen. Denn wie die obigen Meldungen über die monarchistischen Demonstrationen in Bayern zeigen, glaubt die Regierung gerade in diesem Augenblick, zur Verhinderung ihrer reaktionären politischen Absichten das soziale Mäntelchen nicht entbehren zu können.

während das Schandgesetz ausschließlich politische Vergehen zur Grundlage hat.

Ganz originell ist dieses Heulergelei auch nicht. Die jugoslawischen Reaktionen können sich auf das in Deutschland durch Roste gewiesene Beispiel berufen. Der einzige Unterschied besteht nur darin, daß in Jugoslawien Nord und Ostschlag festgestellt wird.

## Die Mitgliederzahl der KPD.

Ein kommunistisches Provinzorgan hatte auf Grund der Mitgliederzahl der K. P. D. die Zahl der Delegierten errechnet, die auf dem kommunistischen Parteitag in Jena erscheinen werden. Aus dieser Rechnung war nun ersichtlich, daß die kommunistische Partei insgesamt nur 161000 Mitglieder hat, eine Zahl, die weit zurückbleibt hinter den Ankündigungen der Kommunisten über ihre Stärke. Hatte man nach Halle doch wiederholt in der „Roten Fahne“ gelesen, daß die Parteiorganisation eine halbe Million umfasse. Die Offenheit des Provinzorgans über den wahren Stand der Mitglieder ist der „Roten Fahne“ sehr unangenehm, und sie unternimmt deshalb den Versuch, diese betrübliche Tatsache zu vertuschen. Daß die K. P. D. nicht mehr als 161000 Mitglieder hat, ist nicht zu bestreiten, wahrscheinlich hat sie sogar noch weniger. Aber — und hier erinnert die Beweisführung der „Roten Fahne“ an den Satz: die Armut kommt von der Boperty — das rührt nur daher, weil die Mitglieder nicht zahlen. So hat, wie die „Rote Fahne“ zugeht, der Bezirk Rheinland-Westfalen mit seinen angeblich 53000 Mitgliedern nur für 7800 abgerechnet. Der Rest — nun der hat sich in Rheinland-Westfalen ebenso verflüchtigt wie in Mitteldeutschland und anderen Bezirken.

Riesenbrand von Fabrik und Schloß Mettlach. In der Nacht zum Freitag entzünd in der Fabrik von Billerog und Boch und im Schloß Mettlach ein riesiger Brand, dem die Fabrikgebäude zum Opfer fielen. Auch das Schloß wurde fast vollständig vernichtet. Der Schaden wird auf annähernd 10 Millionen Mark geschätzt.

Die ungarische Nationalversammlung hat an Stelle des zurückgetretenen Stefan Rakovszky (arbeitsnational) Gaston Gaal (Partei der Kleinen Landwirte) zum Präsidenten gewählt.

## Groß-Berlin

### Der Briefkasten ist maßgebend

Unter dem Zwange der Verhältnisse werden jetzt den Mietern kolossale Lasten auferlegt, und die Mieter sind ja auch im allgemeinen der Ansicht, wenn die Steigerung Gesetz ist, muß gezahlt werden, wenn allerdings, wie die Verordnung besagt, vorchriftsmäßig gekündigt worden ist. Nun gibt es Mieter, welche am 27. Dezember 1920 zum 1. April 1921 gekündigt wurden, aber die M. E. A. konnten auf Grund der Ueberlastung vor dem 1. April 1921 über diese Kündigung nicht mehr entscheiden, so wird jetzt von den meisten Vorstehenden der M. E. A. der Standpunkt vertreten, diese Mieter können veritaslos, und sind deshalb verpflichtet, ab 1. Juli 1921 Friedensmiete plus 45 Prozent zu zahlen. Wäre aber vor dem 1. April 1921 über die Kündigung entschieden worden, wäre der Vertrag bis zum 1. Oktober 1921 verlängert, somit ein laufender Vertrag, und die Mieter brauchen erst von diesem Zeitpunkt an die 45 Prozent zu zahlen. Leider sind wir gezwungen, einiges über die Ueberlastung der M. E. A. zu sagen. Im Termin am 30. Juni 1921 vor dem M. E. A. 10 erklärte die Vermieterin Frau von Bietinghoff, sie hätte sich bei der Auskunftsstelle obengenannter M. E. A. erkundigt, und man hätte ihr erklärt, die Appelltermine werden abichtlich so lange hinausgeschoben, um den Vermietern Gelegenheit zu geben, die 45 Prozent schon vom 1. Juli 1921 ab zu erhalten. Es liegt im Interesse des M. E. A. 10, gegen Frau von Bietinghoff gerichtliche vorzugehen; denn sonst muß die Mieterschaft annehmen, daß genannter Ausspruch der Tatsache entspricht.

Im Termin am 20. Juli 1921 in Sachen Kruse u. Rex wird vom Vertreter des Mieters die Kündigung zum 1. April 1921 bestritten. Der Vermieter, darüber befragt, ob er gekündigt habe, behauptet, er hätte die Kündigung in den Briefkasten geworfen. Der Vertreter des Mieters erklärt hierauf, der Briefkasten sei ihm nicht maßgebend. Der Vorstehende, K. A. Herbert Singer von demselben M. E. A., ist allerdings der Meinung, in diesem Falle ist der Briefkasten maßgebend.

Auf diese Art und Weise könnten Gerichte, M. E. A. und Privatleute viel Geld sparen, denn wir brauchen nach dem Ausspruch des Herrn Rechtsanwalts Herbert Singer keine Einschreibebriefe und keine Zustellungsurkunden mehr. Auch werden nunmehr die Mieter die Miete nicht mehr dem Eigentümer selbst bezahlen, sondern erklären: „Ich habe dieselbe in den Briefkasten gesteckt.“ Denn der Briefkasten ist maßgebend.

### Jugendweiche im Großen Schauspielhause

Die Liste der Anmeldungen zu den Herbstjugendweichen am 11., 18., 25. September ist abgeschlossen und die Angemeldeten sind benachrichtigt worden. Diejenigen, die aus irgendeinem Grunde noch keine Nachricht bekommen haben, bitten wir, sich noch einmal nach unserem Bureau zu bemühen. Wer es veräumt, sich anzumelden, der muß das sofort nachholen. Der Unterricht der Jugendweicheitnehmer findet statt: für Süden und Südosten in der Schule, Wrangeistraße 123, und beginnt am Freitag, den 19. August, nachmittags 1/2 Uhr; Osten, Schule, Petersburger Straße 4, Beginn Sonnabend, den 20. August, nachmittags 1/2 Uhr; Norden, Schule, Pappelallee 41-42, Beginn: Freitag, den 19. August, nachmittags 1/2 Uhr; Schule, Müllerstraße, Ecke Triftstraße, Beginn: Mittwoch, den 24. August, nachmittags 1/2 Uhr; Charlottenburg und Moabit, Schule, Guederstraße 32 (Hindenburgschule), Beginn: Sonntag, den 14. August, vormittags 9 Uhr. Eltern dürfen auch teilnehmen.

Eintrittskosten für Erwachsene zu 3,50 M., für Kinder zu 2 M. sind in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 5-9, zu haben. Auch sind die Karten während der Unterrichtsstunden in den obengenannten fünf Schulen zu haben.

Die Kinder, die an der Jugendweiche teilnehmen, erhalten als Freigabe das loeden im „Freizeit“-Verlage erscheinende Buch „Die Schwelle“, herausgegeben von Rudolf Schwarzkopf, reich mit Zeichnungen versehen von Hans Baluschek.

### Schulfreik in Spandau

Eine Elternversammlung im Schützenhause hat am Donnerstag beschlossen, vom Dienstag, den 16. August ab in den Schulzeiten zu treten, da alle anderen Mittel, eine freie Schule einzurichten, nach längerem vergeblichen Kampfe zu keinem Erfolge führten. Die Kinder, die zur freien Schule angemeldet sind, gehen also am Dienstag nicht in ihre Schule, sondern machen Dienstag, Mittwoch und Donnerstag Lehrspaziergänge unter der Führung von Eltern und Lehrern, und zwar treffen sich die Kinder der Reutstadt und Altstadt an diesen drei Tagen um 8 Uhr am Klindentmal, die der Wiltchmidtstadt um 9 Uhr am Neher Platz.

Am Donnerstag, den 18. August, wird eine weitere Elternversammlung ebenfalls im Schützenhause Stellung nehmen zu den inzwischen stattgehabten Verhandlungen. Es ist zu hoffen, daß man bis dahin Unterrichtsräume erhalten wird, und der Unterricht am Freitag beginnen kann.

Es ist jetzt Pflicht aller Eltern, welche ihre Kinder zur freien Schule angemeldet und den Streik beschlossen haben, für die rest-

## Deutschösterreich und Ungarn

Der Ausschuss für Neuveres des deutschösterreichischen Nationalrats beschloß einstimmig, zuzustimmen, daß die Regierung Verhandlungen mit der ungarischen Regierung über die Förderung und Festigung dauerhafter friedlicher Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn führe und im Rahmen solcher Verhandlungen auch eine einvernehmliche Lösung der zwischen Oesterreich und Ungarn bestehenden Grenzfragen suche. Jedoch dürfte die Regierung solche Verhandlungen nur unter der Bedingung und erst dann führen, wenn das Burgenland (Westungarn) den Bestimmungen der Staatsverträge von Saint Germain und Trianon entsprechend, bis zum 27. August Oesterreich ohne Störung übergeben werde. Bezüglich der Gegenseitigkeit, mit denen die österreichische Regierung die Verhandlungsvorschläge der ungarischen Regierung beantwortet wird, wird der Ausschuss erst in seiner nächsten Sitzung Beschluß fassen.

## Die englisch-irischen Verhandlungen

### Ablehnung der englischen Bedingungen

London, 14. August. (Neuter.)

Heute ist der Text der Verhandlungen zwischen der britischen Regierung und Irland veröffentlicht worden. Er zeigt, daß die Regierung Irland den Status der britischen Ueberseesdominien anbietet mit vollständiger Autonomie in der Besteuerung, den Staatsfinanzen und der Verteidigung im Innern. Das Anerbieten ist aber an eine Reihe von Bedingungen geknüpft, unter denen zu erwähnen ist, daß die britische Flotte das Meer kontrollieren und daß Irland im Verhältnis zu den Kosten des britischen Heeres, der Flotte, der Kriegsschulden und Pensionen beitragen muß.

De Valera sagte in seiner Erwiderung vom 10. August, daß das Sinnfein-Parlament die britischen Vorschläge nicht annehmen könnte, und das irische Volk nicht annehmen würde, da sie sich widersprechen. Die Vorschläge erkennen Irlands Recht auf Selbstbestimmung, machen diesen Grundstock aber unumkehrbar durch die darauffolgenden Festsetzungen, die eine unzulässige Einmischung in irische Angelegenheiten bedeuten. Die Antwort wiederholt, daß das irische Recht, für sich selbst zu wählen, als unantastbar angenommen werden müßte. Irland sei gleich den kleinen Staaten Europas bereit, seine Unabhängigkeit auf der Grundlage seines moralischen Rechtes zu wagen.

Lloyd George antwortete auf diese Erwiderung de Valeras am 12. August. Er erklärte, die britische Regierung könne ein Recht Irlands, sich vom britischen Reich zu trennen, nicht anerkennen. Auf das nördliche Irland könne kein Zwang ausgeübt werden. Die geographische Lage Irlands mache Irland zu einem untrennbaren Teil des britischen Inselreiches. Lloyd George fordert de Valera von neuem auf, die Vorschläge der englischen Regierung in Erwägung zu ziehen.

Die Neuter weiter meldet, heute in einem Briefe vom 4. August der irischen Premierminister Smuts de Valera auseinandersetzt, daß Lloyd George Irland vollständiges Home Rule (Selbstverwaltung) anbiete, das nur gewissen strategischen Sicherheitsbedingungen unterworfen sei, auf derselben Grundlage, wie es bei den anderen Dominien des britischen Reiches der Fall sei. Smuts spricht in diesem Briefe die Hoffnung aus, de Valera werde die Bedingungen annehmen, da eine Ablehnung ihm die Sympathien entziehen würde, die die Hauptstütze der irischen Sache gewesen seien. Smuts ist überzeugt, daß keine Lösung auf der Grundlage eines sofortigen Eintrittes Irlands in den britischen Staat Erfolg haben würde, da Ulster nicht zustimmen würde und nicht gezwungen werden könnte. Er gibt daher de Valera den Rat, Ulster allein zu lassen, in der Hoffnung, daß es später zum britischen Staat kommen werde.

Die englisch-irische Verständigung ist mit diesem Stand der Dinge wiederum aufs ernsteste gefährdet. Es erscheint ganz ausgeschlossen, daß sich eine sofortige Einigung mit Ulster erreichen läßt. Das protestantische Nordirland, der Sitz der englischen Großgrundbesitzer, lehnt es mit aller Entschiedenheit ab, sich mit dem katholischen Süden zu unifizieren. Wie stark diese Abneigung Ulsters gegen eine einheitliche Verwaltung Irlands ist, zeigte seinerzeit, kurz vor dem Krieg, der bewaffnete Aufstand der Ulsterleute gegen die zwangsweise Einführung der Home Rule. Borealis hat der Premierminister von Ulster in einem Briefe an Lloyd George erklärt, daß die Regierung von Ulster es ablehne, sich mit der Festsetzung eines Abkommens zwischen Großbritannien und Südirland zu befassen. Ferner lehnt er die Erwartung aus, daß die Sinnfeiner hinsichtlich Ulsters den

Status quo achten und sich jeder Einmischung in Ulsters Rechte und Angelegenheiten enthalten werden. Der Premierminister von Ulster legt hinzu, daß keine Zusammenkunft mit de Valera möglich sei, solange dieser nicht Nordirland anerkenne. Er werde sich keiner anderen Autorität unterwerfen als derjenigen des Königs und des Parlaments des Vereinigten Königreiches.

Unter diesen Umständen wäre allerdings der Vorschlag von Smuts an de Valera, die Bedingungen anzunehmen und Ulster vorläufig allein zu lassen, die beste Lösung. Eine glatte Ablehnung wird die Fortsetzung des Bürgerkrieges mit sich bringen, der die Aussichten der Sinnfeiner sicher nicht verbessert. Denn wenn es ihnen selbst gelänge, die englischen Truppen aus dem Lande zu jagen, dann bliebe immer noch der Kampf mit Ulster, der kaum weniger schrecklich und opferreich werden dürfte, als es der jetzige mit den Truppen der Krone gewesen ist.

## Ein Bularester Fort in die Luft geflogen

Bularest, 15. August.

Das Fort Cagelu, welches einen Teil der Festungswerke von Bularest bildet, ist in die Luft geflogen. Das Fort war mit Explosivstoffen und Munition vollgepackt. Die Explosionen dauerten die ganze Nacht hindurch bis zum Morgen an. Die Zahl der Opfer ist noch unbekannt.

## Generalfreik in Fünfkirchen

Belgrad, 15. August.

In Fünfkirchen wurde als Protest gegen die bevorstehende Räumung des Baranagebietes durch die südslawischen Truppen der Generalfreik erklärt.

Ueber die gegenwärtige Lage in Fünfkirchen wird der U. A. gemeldet: Nach Neuveresungen der hier eingetroffenen Entente-Missionen soll die Uebergabe von Baranaga am 23. August d. J. erfolgen. In einer letzten Unterredung erklärte der jugoslawische Ministerpräsident dem Bürgermeister Bela Binder, daß die Bemühungen der südslawischen Regierung, die Besetzung weiter aufrechtzuerhalten, erfolglos geblieben seien. Den politischen Flüchtlingen in Fünfkirchen soll ein Ausreißrecht auf südslawischem Gebiete eingeräumt werden. Ueber selbst beachtlich, die verläutet, zunächst den Grafen Karolzi in Spalato zu besuchen. Die Erregung der Bevölkerung wegen des bevorstehenden Einzuges der ungarischen Truppen ist groß. Es fanden zahlreiche Arbeiterdemonstrationen statt, die zum Teil sehr erregt verliefen. Der sozialistische „Kunzas“ schreibt, daß ein Widerstand organisiert werden müsse, da Fünfkirchen die Hoffnung aller ungarischen Emigranten sei.

## Das Jugoslawische Schandgesetz

Das von der jugoslawischen Regierung vorgelegte Schandgesetz, das sich harmlos als eine Lex „Zum Schutze des Staates“ bezeichnet, ist von dem Verfassungsausschuss und dem Plenum der Nationalversammlung noch verhärtet worden. So war in der Regierungsvorlage nur von der Propaganda des Anarchismus und des Terrorismus als Straftat die Rede, während nun ausdrücklich auch die kommunistische Propaganda dem Schandgesetz unterstellt wird. Eine weitere Verschärfung besteht in der Neuinfügung des folgenden Artikels:

„Alle jene, welche der kommunistischen Partei oder irgendeiner Vereinigung, welche durch dieses Gesetz verboten wurde, angehören, können weder öffentliche Dienste oder Funktionen versehen noch Abgeordnete oder Wärterträger der autonomen Körperschaften sein. Dies bezieht sich auf Angestellte von Privatanstalten, die irgendwelche Privilegien seitens des Staates genießen, und deren Angestellte der kommunistischen Partei angehören. Personen, die jetzt die vorn angeführten Funktionen ausüben, werden derselben nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes entlassen. Beamte und öffentliche Angestellte, die aus diesem Grunde ihrer Pflichten enthoben werden, können beim Staatsrat Einspruch erheben. Der Einspruch besitzt keine aufschiebende Wirkung.“

Damit wird ein Siebentel der Volksvertretung und eine große Anzahl Bürgermeister und Gemeindevorsteher ihrer Mandate beraubt und das parlamentarische Prinzip ad absurdum geführt. So versteht die jugoslawische Bourgeoisie die gerühmte „Demokratie“.

Aber dabei hat es die jugoslawische Nationalversammlung noch nicht bewenden lassen. Ausdrücklich bezeichnet das Schandgesetz als Strafmass Tod oder Zuchthaus bis zu zwanzig Jahren. Damit ist die Verfassung gebrochen; denn Artikel 9 der Verfassung schließt für politische Delikte die Todesstrafe aus,



